

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wohlmarkt, 16.)
bei C. H. Urici & Co.
Beiterstraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsechziger Jahrgang.

Nr. 626.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierzig Pfennig für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 7. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

Zwölfre 20 Pf. die geschäftsgeplante Zeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 6. September. Der König hat dem Steuer-Rath von Winterfeld zu Breiten den N. Ad.-Ord. 3. Kl. mit der Schleife, dem Amtshauptmann a. D. Russell zu Meppen den fgl. Kr.-Ord. 3. Kl., sowie dem Secunde-Veut. Belon im Westpr. Grenad.-Reg. Nr. 6 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen, die Wahl des Landbaudirektors und Kammerherrn, Landeshauptmanns von Schlesien, Grafen von Büdler auf Ober-Weisstr. zum General-Direktor der schlesischen Landschaft für die Zeit vom 1. Oktober 1876 bis dahin 1882 bestätigt. Der bish. Gymnasiallehrer und kommissar. Kreis-Schulinspektor im Reg.-Beg. Posen und der bish. Seminarlehrer und kommissar. Kreis-Schulinspektor Karaffet in Marienwerder zum Kreis-Schulinspektor im Reg.-Beg. Marienwerder ernannt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 6. September. Die heutige „Prov. Korr.“ bringt zwar eine kleine Notiz, den Orient betreffend; dieselbe bezieht sich aber lediglich auf die Konstatirung des jüngst vollzogenen Thronwechsels in Konstantinopol. Vielleicht aber hat diese kurze Notiz doch einen negativen Werth. Die Schweigsamkeit des halbamtlichen Organs, in Verbindung mit den heute von der Balkanhalbinsel kommenden Nachrichten, welche eine energische Aktion der Türken ankündigen, lässt wohl darauf schließen, daß die bisherigen diplomatischen Versuche, einen Waffenstillstand oder Frieden anzubahnen, noch keinen Erfolg gehabt haben. Doch ist man in diplomatischen Kreisen der Überzeugung, daß eine Entscheidung der Pforten-Regierung und mit ihr eine Klärung der Situation in den nächsten Tagen zu erwarten sein dürfte.

Das griechische Königs paar, welches nach der am 3. d. erfolgten Feier das Geburtstages der Königin Petersburg verlassen hat, wird am 5. in Kopenhagen eintreffen, wo am 7. der Geburtstag der Königin von Dänemark, der Mutter des Königs Georgs, festlich begangen werden soll. Auf der Rückreise nach Athen werden die hellenischen Majestäten, wie verlaufen, dem bissigen Hofe den lange beabsichtigten Besuch abstatzen, der in Folge der Abwesenheit des Kaisers während der Manöver von Berlin hat vertagt werden müssen. Zum Zusammentritt der hellenischen Deputiertenkammer am 2. Oktober, welcher vom Könige aus eigener Initiative um 14 Tage verschoben worden ist, gedenken die Majestäten wieder in Athen zu sein.

Die schon bekannte Ernennung des General-Postmeisters Dr. Stephan zum „Kaiserlichen Wirklichen Geheimenrathe“ mit dem Prädikat Excellenz befindet aufs Neue, daß in Preußen gebräuchliche Titulaturen auch auf das Reich angewandt werden, nachdem schon früher der Präsident des Reichs-Oberhangesgerichts, Dr. Pape, ebenfalls zum Kaiserlichen Wirklichen Geheimenrat mit dem Excellenz-Prädikat ernannt worden war. Der Präsident des Reichsbank-Direktoriums, v. Dohnd, der mit Herrn Stephan gleichzeitig zum Kaiserl. Wirkl. Geh.-Rath ernannt wurde, war übrigens in Preußen bereits Wirklicher Geheimenrat mit dem Prädikat Excellenz.

In den sämtlichen preußischen Ministerien sind, wie die „N.-Z.“ meldet, die Aufstellungen des Staatshaushaltsets für das Jahr vom 1. April 1877 bis zum 31. März 1878 in der letzten Woche des vorigen Monats beendet und am 31. August dem Finanzminister übergeben worden. Es findet nun in dem Finanzministerium eine Prüfung der Ansätze und später eine kommissarische Verhandlung mit den einzelnen Ressorts statt. Dem Vernehmen nach sind die Mehrforderungen, welche von allen Ressorts, besonders aber von dem Kultus- und Handelsministerium beantragt worden, ziemlich umfangreich.

Die VII. Kriminaldeputation des Stadtgerichts hat am 5. Sept. gegen den in Gotha seinen Sitz habenden Deutschen Zimmerverein, bzw. die Berliner Mitgliedschaft desselben verhandelt. Die vom Staatsanwalt Lessendorff persönlich vertretene Anklage gegen den Präsidenten des Vereins und Leiter der bissigen Mitgliederversammlungen Zimmerman Otto Paul Friedrich Kapell behauptete, daß ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz insofern vorliege, als der obige Verein nur eine Fortsetzung des geschlossenen „allgemeinen deutschen Zimmerverbunds“ sei. Der Gerichtshof trat dieser Ansicht bei, das vom Vorsitzenden Stadtgerichts-Direktor Reich verkündete Urteil lautete gegen Kapell auf eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen.

West, 3. September. Vom schönsten Weiter begünstigt ist heute die Centenial-Feier der Geburt des Erzherzog-Palatins Joseph vor sich gegangen. Bis 10 Uhr hatten sich in den Redoutensälen die Spitzen der hauptstädtischen Behörden, die Stadtvertreter, die hier anwesenden Reichstags-Abgeordneten unter der Führung Chichy, eine Deputation des pester Komitats, Mitglieder des statistischen Kongresses, die Konsuln der fremden Mächte, der hohe Alexus, Vertreter der Generalität und der Honved-Armee und an 2000 Gäste eingefunden. Schlag 10 Uhr erschien Erzherzog Joseph mit Gemahlin, begleitet vom Herzog von Coburg, dem Adjutanten Maria, einer Hofdamen der Erzherzogin, den Ministern und dem General der Kavallerie Baron Edelsheim-Gyulfa. Die hohen Gäste wurden mit stürmischen Eichenrufen empfangen. Über den Verlauf der Feier wird der „N. Fr. Pr.“ gemeldet:

Ober-Bürgermeister Rath bestieg die Tribüne, um in kurzer Rede die hohe, freudige Bedeutung des Festes zu charakterisieren. Er schildert in großen Zügen die Verdienste des Palatins Erzherzog Joseph und schließt mit Segenswünschen auf das Herrscherhaus, den anwesenden Sohn desselben, Erzherzog Joseph, und dessen Familie und das Vaterland, in welche die Versammlung mit stürmischen Eichen einstimmt. Hierauf verliest der hauptstädtische Obernotar Bärn eine lange Gedenkrede, in welcher die unvergänglichen Verdienste des Palatins eingehend gewürdiggt werden. Nun verläßt der Ober-Bürgermeister die Tribüne, oberhalb welcher das mit Lorbeer-

bekränzte Bild des Palatins angebracht war, und überreicht dem Erzherzog Joseph eine goldene Gedenkmedaille. Nunmehr begiebt sich der Festzug auf den Josephsplatz. In einer Entfernung von zehn Schritten von dem Josephs-Denkmal war ein Zelt errichtet, in welches der Erzherzog und die Erzherzogin mit ihren drei ältesten Kindern sich verfügten, während die Notabilitäten und Gäste zu beiden Seiten desselben Aufstellung nahmen. Ein Gefangenverein trägt mit Musikkbegleitung einen Hymnus vor. Bürgermeister Kammermayer hält eine kurze Ansprache, hauptsächlich die Verdienste des Palatins um die Hauptstadt hervorhebend, worauf von den drei Bürgermeistern ein riesiger Lorbeerkranzen, welchen lange Seidenketten in den Farben des Landes und der Hauptstadt zieren, auf das Monument niedergelegt wird. In diesem Augenblicke intoniert die Militär-Kapelle die Volkslymme und tritt das Militär ins Gewehr. Mit der Absingung des „Sosatz“ durch den Gefangenverein war die Feier zu Ende. Erzherzog Joseph und Familie entfernten sich unter den lauten Eichen der Anwesenden.

Paris, 4. Sept. Die heutige Blätter besprechen den Jahrestag der Revolution vom 4. September 1870. Mit Ausnahme der bonapartistischen erkennen fast alle an, daß nach Sedan das Kaiserreich, welches selbst von seinen getreuesten Anhängern im Stich gelassen worden, unrettbar verloren war. Nur tadeln die Gegner der Republik, daß man nach seinem Sturz nicht sofort eine Nationalversammlung einberufen, sondern es Leuten ohne Mandat überlassen habe, den Krieg fortzuführen. Die „République Française“, das Organ Gambetta's, findet es unzweifelhaft, daß die Fortsetzung des Krieges eine Nothwendigkeit gewesen sei. Dieser fünfmonatliche zweifellose Kampf diente ihr zufolge dazu, Frankreich das Vertrauen in sich selbst und die Achtung vor Europa zurückzugeben, so wie Elsass und Lothringen zu beweisen, daß das Vaterland sie erst dann aufgegeben, als es den Fuß auf dem Nacken gehabt und keinen Widerstand mehr habe leisten können. Was aber wäre ohne diesen Widerstand geschehen? Die Preußen hätten einen militärischen Spaziergang von Sedan nach Paris, von Paris an die Loire u. s. w. gemacht. Der König Wilhelm hätte in den Tuilerien geschlafen und die Mehrheit des gefeiernden Körpers eine Regierung angenommen, die ihr vom Herrn v. Bismarck aufgezwungen worden wäre, und diese würde zweifelsohne die bonapartistische gewesen sein. Der kleine Engelmann von Saarbrücken hätte schnell angefangen, sich als „Bruder Lustig“ zu fühlen. . . . A qui le mouchoir? Beimerkenswerthe Kundgebungen gegen Deutschland indeß enthalten die verschiedenen Artikel nicht. Die einzelnen Parteien benutzten hauptsächlich den Tag, um sich gegenwärtig Vorwürfe über ihre Politik zu machen.

Der Kriegsminister hat bestimmt, daß jede Klasse der Reservisten in Zukunft zweimal unter die Fahnen eingerufen werden solle. Eine Ausnahme wird nur für die Klassen von 1867, 1868, 1869 und 1870 gemacht. Für die nächsten sieben Jahre werden die Klassen der Reserven in folgender Reihenfolge einberufen werden: 1877 Klasse 1870, 1878 Klassen 1869 und 1871, 1879 Klasse 1872, 1880 Klassen 1871 und 1875, 1881 Klassen 1872 und 1874, 1882 Klassen 1873 und 1875, 1883 Klassen 1874 und 1876.

Vor kurzem hat sich hier nach dem Vorbilde der englischen Providence Knowledge Society eine Gesellschaft gebildet, welche den Zweck hat, das Sparfassen wesen, namentlich die Schulsparkassen, zu fördern und möglichst allgemein in Frankreich zu verbreiten. An der Spitze steht der namhafte Staatsökonom Hippolyte Passy. Derselbe hat im Verein mit dem Sekretär der Gesellschaft A. de Malarie neulich eine Broschüre veröffentlicht, in welcher die Ergebnisse der bisherigen Bemühungen zusammengestellt werden. Die erste Anregung zur Gründung von Schulsparkassen ging 1838 von Le Mans aus, hatte aber in Frankreich keinen Erfolg, während man sie in Belgien aufnahm und entwickelte. Der Lehrer sammelt jede Woche in seiner Schule die kleinen Ersparnisse der Kinder und liefert dieselben, sobald sie einen Franc betragen, an die Ortssparkasse ab. Hier wird ein Sparfassbuch ausgefüllt auf den Namen des Kindes und es befindet sich dann in gleicher Lage wie jeder andere Theilhaber der Sparkasse, hat Anteil am Gewinn u. s. w. Diese Einrichtung hat jetzt auch wieder in Frankreich großen Beifall gefunden, und viele Generalräthe haben Summen für die erste Einrichtung solcher Sparkassen bewilligt. In Bordeaux haben schon im Jahre 1875 51 Schulen an denselben sich beteiligt, und die 4521 Schulkinder, welche hier ihre Ersparnisse niedergelegt haben, besitzen ein Vermögen von 48,725 Fr., ganz abgesehen von der Summe von 10,000 Fr., welche die braven Kleinen für die Über schwemungen in Südfrankreich hingegeben haben. Auch auf dem Lande haben sich diese Sparkassen verbreitet, und es gibt jetzt zusammen in 53 Departements 2300 Schulen mit 155,000 Schülern, in denen auf diese Weise die wöchentlichen Ersparnisse gesammelt und angelegt werden. Der so in den Kindern gepflegte Trieb zur Sparfamilie wird zweifelsohne in späterer Zeit bei den Herangewachsenen gute Früchte bringen. Während der allgemeinen Ausstellung im Jahre 1878 wird in Paris ein besonderer Kongress der Sparfassen-Vereine Frankreichs zusammenkommen.

Der Schriftsteller Jules Barbier, welchen die ultramontanen Blätter schon dazu beglückwünscht hatten, daß er von dem bekanntlich ziviliter erfolgten Begräbnis Félicien David's fern geblieben war, richtet an das „XIX. Siècle“ folgenden Brief:

Aulnay, 3. September 1876.
Lieber Freund! Ich war, wie es scheint, von dem Ausschluß der Theaterdichter und Komponisten dazu ausgeschlossen worden, in seinem Namen am Grabe Félicien David's das Wort zu ergreifen. Ein ungünstiger Zufall fügte es, daß die Depeche, welche mich davon in Kenntnis setzen sollte, von dem Telegraphenbüro der Börse, wo sie aufgegeben wurde, warum, weiß ich nicht, nach dem Centralbureau geschickt, dort verlegt wurde und mir nicht zugekommen ist. Das thut mir unendlich leid. Wenn ich rechtzeitig benachrichtigt worden wäre, so hätte ich es als meine Pflicht und mein Recht erachtet, unserem vor-

trefflichen Kollegen diese letzte Huldigung darzubringen, und ich verfüge Sie, daß nur eine ausdrückliche legitieme Verfügung mich davon hätte abhalten können.

Ganz der Ibrige

P. J. Barbier.

Die bekannten bei dem Begräbnis David's vorgekommenen Zwischenfälle haben gestern Aufregung hervorgerufen, und diese dauert noch fort. Es ist jetzt im Werk, als Gegendemonstration eine öffentliche Sammlung für ein Denkmal Félicien David's zu veranstalten und dieses dann mit großem musikalischem Pomp zu enthüllen. Die „Liberte“ hat für diesen Zweck bereits eine Subskription eröffnet, die gleich am ersten Tage 8000 Frs. ergab.

Petersburg, 1. September. In der ausländischen Presse kursirt vielfach die Nachricht von einer drohenden durch General Ignatief in Konstantinopel zu überreichen Note Russlands. Gleichzeitig wird auch die Abreise des Generals Ignatief als knapp bevorstehend gemeldet. Hier ist in maßgebenden Kreisen von irgend einer derartigen Note durchaus nichts bekannt und was die Abreise des genannten Botschafters anbelangt, so ist einerseits der demselben zur Regelung seiner Privatgeschäfte ertheilte Urlaub noch nicht abgelaufen, andererseits aber auch keine Veranlassung vorhanden, die Dauer seines Urlaubes abzukürzen oder diesen gar zu unterbrechen. Es ist sogar projektiert, daß Ignatief bis zum Spätherbst bei seinen Kindern in der Krimml bleiben werde.

Das „Journal de St. Petersburg“ konstatiert den allseitigen Enthusiasmus, womit das russische Volk für die Sache der Südslaven Partei ergriff, tadelt aber bei diesem Anlaß die Animosität, welche von der national-russischen Presse mitunter dem Russland gegenüber zur Schau getragen werde.

Weniger erklären wir uns — heißt es an der bezüglichen Stelle — die Haltung einiger unserer Kollegen, welche so weit gehen, daß sie befremdet Nationen, verbündete Regierungen aus dem einzigen Grunde angreifen, weil man bei ihnen nicht eben leidenschaftliche Sympathien zu Gunsten der Christen des Orients findet, oder zu finden meint, als diejenigen sind, welche uns selbst begeistern. Das ist eine bedauernswerte Verirrung, wir möchten beinahe sagen: ein Missbrauch, ob wissenschaftlich oder unwissenschaftlich, eines an sich hochherzigen und achtungswürdigen Gefühls, das aber in Intoleranz ausartet, sowie man es übertriebt. Dergleichen Übertriebungen machen weder der Urtheilsfähigkeit noch dem politischen Schärfschliff gewisser unserer Zeitungen Ehre, während sie der Sache, die man fördern möchte, gerade schaden könnten.

Zweite Generalversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

I.
(HF) München, 4. September.

Wiederum hat die schöne Starstadt ihre gastlichen Pforten geöffnet, um ca. 600 Architekten und Ingenieuren aus allen Theilen Deutschlands (inkl. Elsass und Lothringen), Österreichs und der Schweiz in der würdigsten Weise eine Versammlungsstätte zu gewähren. Nachdem die Versammlung bereits gestern Abends im großen, auf's feinsteste geschmückten Rathaussaal von dem Oberbürgermeister, Dr. Erhardt (München) begrüßt, wurde dieselbe heute, unter ziemlich zahlreicher Beteiligung des Publikums im großen Saale des „Odeon“ von dem Direktor der polytechnischen Hochschule v. Bauernfeind (München) eröffnet. Derselbe hob in seiner Rede hervor: Die Baukunst sei Meingut der ganzen zivilisierten Welt. Unwürdig würde es deshalb von dem verämmelten Verbande sein, wollte er seine Organisation national begrenzen. Daß der Verband nur deutsche Vereine in sich aufnehme, habe lediglich in der dadurch nicht allzu schwierigen Geschäftsführung seinen Grund.

Minister-Direktor v. Dillis begrüßte alsdann in Ermächtigung des Königs, im Namen der bairischen Staatsregierung die Versammlung, worauf Professor Baumeister (Karlsruhe) den Bericht über die Tätigkeit der geschlossenen Delegirten-Versammlung erstattete. Raut dieses Berichts zählt der Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine 5400 Mitglieder. Bezuglich der Ausbildung der Bauhandwerker habe die Delegirtenversammlung folgende Thesen zum Beschuß erhoben: 1. Die Anstalten zur Ausbildung derjenigen Bauhandwerker, welche als Vorgesetzte oder Leiter der gewöhnlichen handwerklichen ausgebildeten Arbeiter (als Meister, Werkmeister, Werkführer, Polizei, Bauaufseher u. s. w.) thätig zu sein die Würde haben, sind in Deutschland durchaus noch nicht allgemein genügend vorhanden und entwickelt. 2. Es ist eine bessere Entwicklung der Baugewerbe und der praktischen Ausbildung des Bauwesens dringend erwünscht, u. sind deshalb in denjenigen Ländern, bzw. Provinzen wo derartige Bildungsanstalten (Baugewerbeschulen) noch nicht bestehen, solche baldigst einzurichten. Diese Bildungsanstalten sind auf Staatskosten oder unter deren Beihilfe von den größeren Städten zu errichten und zu erhalten. 4. In Erwägung, daß in vielen Staaten für die Vorbildung der Bauhandwerker nicht genügender Volksschulunterricht vorhanden, sind sowohl Fortbildungsschulen als auch Vorläufe bei den Baugewerbeschulen zu empfehlen und sind die meisten Fortbildungsschulen dringend einer Neugründung bedürftig. 5. Der Unterricht in den Baugewerbeschulen ist vorzugsweise in den Wintersemestern zu ertheilen und soll drei bis vier solcher Kurse umfassen. Das Sommersemester soll zur weiteren praktischen Ausbildung auf den Bauplänen verwendet werden. 6. Bei größeren Baugewerbeschulen sind auch Sommerkurse einzurichten. 7. Dem Besuch der Fachklassen der Baugewerbeschulen muß eine praktische Belehrung von 1 bis 3 Sommersemestern vorangehen. 8. Auf den Baugewerbeschulen sind Abgangsprüfungen unter Aufsicht des Staates abzuhalten und Qualifikationsattesten aufzustellen. Die Delegirtenversammlung habe ferner beschlossen: vorstehende Thesen: dem deutschen Reichskanzleramt und den Regierungen der deutschen Einzelstaaten, sowie allen beteiligten Kreisen zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. — Bezuglich der Ausbildung der Techniker für den Verwaltungsdienst sei resolved worden: „Es ist wünschenswert, daß in den Studienplan der technischen Hochschulen, wie dies bereits bei den meisten der Fall, Vorträge gehalten werden, durch welche die Studirenden des Baufaches in enzyklopädischer aber durchaus wissenschaftlicher Form in die Grundanschauungen der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaftslehre, dann in die Gesetze und Verordnungen über Bau- und Gewerbepolizei, Straßen-, Wege-, Eisenbahns- und Enteignungsrecht eingeführt werden. 2. Durch zeitweise Berufung der jüngeren Techniker als Hilfsarbeiter in technischen und Verwaltungsbüroen ist denselben Gelegenheit zu geben sich die

Praktischen Formen des Verwaltungsdienstes anzueignen. — Vorvers der Feststellung der Honorar-Ansprüche technischer Sachverständiger im gerichtlichen Verfahren sei resolvirt worden: a) „In dem Entwurf für eine deutsche Straf- und Zivilgesetzordnung wird die Pflicht zur Abgabe sachverständiger Gutachten an die Gerichte zweckentsprechend geregelt. b) Auch hinsichtlich der Honorarsätze für gerichtliche Sachverständige sind die Bestimmungen des Entwurfs zutreffend, wenn davon abgesehen wird, die Absäge nach Maßgabe der Gebührenordnung in Form bestehender oder künftiger Taten festzustellen. c) die Sachverständigen sind als Gehilfen des Richters mit allen relevanten Einzelheiten des Prozesses genau bekannt zu machen; auch ist ihm eine Mitwirkung bei der Fragestellung gefügt zu sichern.“ — Des Weiteren sei beschlossen worden: eine Kommission mit der Ausarbeitung einer Denkschrift betreffend die Wichtigkeit der Erhaltung und Erforschung der Baudenkmale zu beauftragen, diese Denkschrift durch den Druck vervielfältigen und sie vor Allem dem deutschen Reichskanzleramt einzureichen. — Außerdem sei mit der „American Society of Civil-Engineers“ eine Vereinbarung beabsichtigt, gegenseitigen Gedankenaustausch geschlossen werden. — Betrifft der Einführung einer einheitlichen Bezeichnung der metrischen Maße und Gewichte habe das deutsche Reichskanzleramt eine Enquête-Kommission beabsichtigt, Regelung dieser Angelegenheit beauftragt und den Verband aufgefordert: „Demanden aus seiner Mitte in diese Kommission zu depositiren. Der Verband habe durch die Wahl des Regierungs- und Baurath Krieg in Berlin dieser Aufforderung entsprochen. — Zum Vororte des Verbandes für die nächsten zwei Vereinsjahre und als Ablaltungsort der nächsten General-Versammlung Anno 1878 sei Dr. es den gewählt worden.“

Die Versammlung gab diesen Beschlüssen durch lebhafsten, ungeheilten Beifall ihre volle Zustimmung zu erkennen. — Direktor von Bauernfeind (München) referierte abschließend über: die Organisation der Studien und Prüfungen an den deutschen Bau- und Ingenieur-Schulen. Aus diesem Referat ist ungefähr folgendes hervorzuheben: Das Bauhaus sei — solle es den Zeitanforderungen entsprechen und zum Heile der Menschheit sich immer weiter entwickeln — jedem anderen akademischen Studium gleichzuzählen und zu behandeln. Es sei deshalb absolut auszusprechen: Der in einer Bauschule aufzunehmende junge Mann müsse auf einem Realgymnasium oder Realschule erster Ordnung das Abiturienten-Examen gemacht haben. Der Lehrplan auf den Bauschulen sei wohl einheitlich zu regeln, jedoch darf der selbe keineswegs ein kaserneartiger sein. Es sei dies der Wissenschaft unwürdig und würde ihre freiheitliche Entwicklung verhindern. Würde man den Universitäten derartige Vorschriften machen, so würden sie dieselben gewiss mit vollster Entschiedenheit zurückweisen. Beim Verlassen der Bauschule sei eine Abiturienten-Prüfung festzustellen, wie solche schon in Bayern, Sachsen und Hessen bestehen und solche diese bestandene Prüfung mit dem Zeugniß der Reife eines Gymnasii zu einer Staatsanstellung berechtigen. Ohne dies legt eine Zeugniß solle den die Bauschule Verlassenden nur freistehen als Privat-Ingenieur u. s. w. — Damit endeten die heutigen Verhandlungen gegen 1 Uhr Mittag's.

Lokales und Provinzielles.

Posen 7. September.

Die Anwesenheit des russischen Kaisers in Warschau gibt den dortigen polnischen Bevölkerungskreisen Aulaß der weitgehenden Hoffnung, daß die russische Regierung sich endlich mit den Polen aussöhnen und ihnen wieder nationale Institutionen gewähren werde. So schreibt der warschauer Korrespondent des heutigen „Dziennik Poznański“:

Nicht deswegen, weil ich es für wahr halte, sondern in Folge meiner Pflicht als Korrespondent teile ich Ihnen mit, daß im ganzen Lande die verschiedensten Gerichte im Umlauf sind. Die Anwesenheit des Kaisers mit seiner ganzen Familie, die Umgebung, in der er sich befindet, und endlich seine absichtliche Reise nach der polnischen Hauptstadt ist die Ursache der verschiedenen Versionen und Schlussfolgerungen. Indes ist es merkwürdig, daß die Nachrichten über Besserung unserer politischen Verhältnisse im Ganzen nur von russischen Beamten ausgehen, wie von Kreis-Naczelniks (Landräthen) und Gouverneuren. So sagt man z. B., daß aus höheren politischen Rückblicken binnen Kurzem in ganz Polen Veränderungen zu Gunsten der polnischen Nationalität in der Verwaltung, dem Gerichtswesen und dem Erziehungssystem eintreten werden; man hält sogar dafür, daß in Litauen, Podolen, Wolhynien und der Ukraine alle Gesetze, welche die Polen einführten, aufgehoben werden sollen, und daß selbst die polnische Sprache als Unterrichtsgegenstand in den Gymnasien eingeführt werden wird. Auch ist das Gerüst im Umlauf, daß der Thronfolger mit seiner Gemahlin längere Zeit in Warschau in der Eigenschaft eines Paxifikators wohnen und seinen persönlichen Einfluss zur vollständigen Einigung der Russen mit den Polen verwenden wird.

Wir geben diese Neuierung des „Dziennik“-Korrespondent als das wieder, als was er sie selbst bezeichnet, nämlich als — Gerüchte und bemerkten nur, daß nirgends die Kombinationspolitik so im Schwunge ist, wie gerade in dem, von der übrigen Welttheilweise abgesperrten Russisch-Polen.

Wir haben bereits hervorgehoben, daß unsere polnische Bevölkerung an vielen Orten das Sedanfest im Verein mit ihren deutschen Mitbürgern einträglich gefeiert hat. Den polnisch-ultramontanen und nationalen Geistern, die überall gern Brieftaft sät möchten, ist dies natürlich ein Dorn im Auge. So schreibt man dem „Dresden“ aus Wreschen, wo die Beihaltung der Polen an der Feier besonders stark war.

Die bei der Festlichkeit anwesenden Polen waren gewissermaßen im Kreidentoumel über die Spiele ihrer (Schul-) Kinder und hörten die Festvorträge wie eine Predigt in der Kirche an. Wahrlieb, man hätte, wenn man sie bei dieser Festlichkeit sah, glauben können, daß wir nicht auf polnischer Erde, sondern in Brandenburg leben. Es wundert uns sehr, daß in Wreschen, wo so viele (polnische) Biedermeier wohnen, welche von ganzem Herzen ihren Glauben und ihre Sprache lieben, so viele mit den fröhlichen fröhlich gewesen sind. Den Vogel erkennt man an seinen Federn, den Polen aber nicht am Kontur und Zupan, die wir nicht mehr tragen, sondern an seiner Sprache und seinen Handlungen. Es scheint uns, daß solche Festlichkeiten die Kinder nicht bilden und die Theilnahme an Prozessionen und Gottesdiensten nicht erzeugen.

Eine Demonstration gegen den Staat, dessen Wohlthaten sie genießen, würde mehr zur „Bildung“ der Leute im Sinne der Hetzpläne beitragen.

r. In der polnisch-katholischen Provinzial-Volksversammlung, über deren Verlauf im Allgemeinen wir bereits im Morgenblatt berichtet haben, beprach Rittergutsbesitzer Heinrich v. Krzyzanowski, auf Konarzewo bei Krotoschin, früherer Abgeordneter, über die Wahlangelegenheiten. Er wies auf die Zwistigkeiten hin, die aus Aulaß der Wahlen unter der polnischen Bevölkerung entstanden seien, und hob die Notwendigkeit hervor, den Feind, der sich eingedrungen habe, ans urtheilen; es seien neuerdings sogar polnische Broschüren erschienen, welche geeignet seien, den ganzen Ruf der polnischen Nation zu schädeln. Mit der sogenannten liberalen Partei, deren Programm nicht offen und klar sei, könne unmöglich ein Kompromiß geschlossen werden, da sie nicht treu an den Lehren der katholischen Kirche halte; wer aber nicht zum heiligen Bauer stehe, mit dem könne ein guter Pole nicht Hand in Hand gehen. Durch die Einführung der Simultankirche werde die katholische Religion immer mehr verbannt und die polnische Jugend sei jetzt leider schon so weit, daß sie wenig mehr die Kirche besuche und nicht mehr

die Kirche besuchte; es gehe sogar für guten Ton, nicht mehr zu glauben. Man möge von den Deutschen lernen, welche ihre Söhne in die Schule schicken, sie etwas Ordentliches lernen lassen, und sie erst dann vollkommen selbstständig werden lassen, nachdem sie mehrere Jahre praktisch gewirkt haben. Was das Verhältniß der polnischen Fraktion zur Zentrumspartei betreffe, so könnten die polnischen Katholiken getrost mit den deutschen Katholiken Hand in Hand gehen; dagegen möge man sich nicht auf fremde Nationen, insbesondere nicht auf Frankreich, verlassen. Man möge sich überhaupt nicht auf Andere verlassen, dann würde man von Anderen gefragt werden; wenn man nur tüchtig gemeinsam arbeite, dann sei Polen noch nicht verloren, wiewohl das offene Grab vor ihm bereitet sei. — Der Geistliche Dr. Warthenberg sprach alsdann über die Schule, und begann damit, daß die polnischen Katholiken Niemanden schrecken, aber auch Niemanden fürchten, und mit Christo geben, und daß weder Hunger noch Verbannung ihren Glauben ändern werden. Schon jetzt hätten sich die Liberalen überzeugen müssen, daß der sog. Kulturkampf ihnen am meisten geschadet habe. Nachdem Redner alsdann über die Kirchengesetze gesprochen, stellte er die Behauptung auf, der natürliche Religionslehrer in der Volksschule sei der Geistliche; jetzt sei es aber schon so weit, daß in katholischen Schulen, welche nur von wenigen evangelischen Schülern besucht würden, nach einem neuem Ministerialerestrikt evangelische Lehrer Unterricht ertheilen dürften. Nachdem der Redner dagegen geeifert, daß weltliche Lehrer in den Volksschulen in der Religion unterrichten, bezeichnet er die jetzige Unterrichtsmethode als eine Dressur, durch welche der Mensch verwidert werde und den Glauben ans Jenseit verlöre; da sei es denn auch nicht zu verwundern, daß die Sozialdemokraten rufen: Habt Ihr uns den Himmel genommen, so heilt mit uns die Erde. — Der Geistliche Dr. Kantek (Redakteur des ultramontanen „Kurier Poznański“) hielt hierauf eine Rede über die Presse, hob dabei insbesondere die Verdienste des verstorbenen Propstes Brusnowski um die Hebung der katholischen polnischen Presse hervor, zählte die gutausgeführten Zeitungsorgane auf, und erging sich dann in Angriffen gegen die „Ableiter“ Presse, besonders gegen die Juden in der Presse, und hob es als etwas Schreckliches hervor, wie diese Presse (so insbesondere die Witblätter) selbst die Person des Kardinals Ledochowski begeifert hätten. Zum Schlus sprach er die Hoffnung aus, daß die polnisch-katholische Presse, welche gegenwärtig in unserer Provinz in 25000 (?) Exemplaren verbreitet sei, nach einem Jahre 50000 Exemplare zählen werde. — Dr. Franz v. Chlapowski aus Neuthen sprach schließlich über die Mittel zur Verbreitung der Volksbildung, und zählte als solche auf: Anlegung von Volksbibliotheken, Beschaffung billiger Bilder, Errichtung von Lesezirkeln, Verbreitung von Zeit- und Volkschriften u. s. v.; durch derartige Mittel sei die heranwachsende Generation in Oberösterreich wieder für die polnische Nationalität, der sie ursprünglich angehörten, gewonnen worden. — Nachdem die Versammlung die Resolutionen, deren Wortlaut wir mittheilen, angenommen, wurden zwei Adressen, die eine an den Papst, die andere an den Erzbischof, befohlen; in der ersten wurde der Papst um Erteilung des apostolischen Segens ersucht. Es wurde ferner beschlossen, alle Jahre einmal eine ähnliche polnisch-katholische Provinzial-Volksversammlung zu veranstalten, und wurde Dr. Kantek mit der Leitung dieser Angelegenheit beauftragt. Auf Antrag des Buchhändlers Dasski wurde ferner beschlossen, den Kaiser zu eruchen, daß er das Amtssprachengesetz nicht anstreiche. Zum Schlus brachte die Versammlung ein Hoch auf den anwesenden Abgeordneten v. Lysowski aus Westpreußen wegen seines Auftretens im Abgeordnetenhaus aus.

Die Resolutionen lauten:

1. Indem wir uns nicht in Geringsten unserer Überzeugungen entäußern, die wir auf den Vor-Wählerversammlungen fundgegeben haben, halten wir die nationale Solidarität für eine so offensichtliche Pflicht, daß wir alle Kräfte aufwenden, um die Kandidaten durchzubringen, welche durch das Provinzialwahlkomitee designirt werden.

2. Wir erachten als erfrigste Pflicht unserer Abgeordneten, unserer Schulvorstände, Gemeindevertretungen und Familienvätern: die eifrigste Vertheidigung der konfessionellen Schulen, sowohl der höheren wie der niederen, mit der Muttersprache als Unterrichtssprache, und mit Lehrern die kirchliche Mission haben, zugleich erklären wir für eine Pflicht die Bekämpfung aller Machinationen, um unter uns Simultan- und konfessionslose Schulen einzuführen.

3. Wir erklären, daß es die Pflicht aller Polen ist, sich in jeder und namentlich in der heutigen Zeit mit den Vorgängen im In- und Auslande durch öffentliche Blätter bekannt zu machen, welche die öffentliche Meinung gewissenhaft auf polnisch-katholischer Grundlage repräsentieren, auch ist es Pflicht diese Blätter zu unterstützen.

4. Die Volksbildung erachten wir für den wichtigsten Faktor unseres öffentlichen Lebens; demzufolge beschließen wir die Anlegung von Volksbibliotheken in den Städten und Dörfern unseres Landes zu verbreiten und zu unterstützen.

r. Auf dem Post Winary (Kernwerk) wird neuerdings in der Esplanade (der großen Fläche zwischen dem Reduit und der äußeren Umwallung, wo in den Jahren 1870/71 ein großer Theil der französischen Gefangenen untergebracht war) eine neue Baracke, Nr. 11, errichtet werden und steht dazu am 9. d. M. ein Submissionstermin an.

Neue Telegraphenämter. Zu Tirschiegel und Oberstift wird am 1. Oktober d. J. je ein mit der Orts-Postanstalt vereinigtes Telegraphenamt mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

s. Krautstadt, 5. September. [Die Landwirtschaftliche Ausstellung des französischen Nutz- und Geschäftsbereichs] wurde heute Morgen um 9 Uhr eröffnet und übertraf alle Erwartungen. Wohl an 8000 Personen bewegten sich auf dem reich geschmückten Festplatz. Selbts aus den fernsten Gegenden waren Besucher herbeigeeilt, und die vom Verein getroffenen Vorkehrungen und Arrangements fanden unter dem Publikum ungetheilten Beifall. Die Ausstellungen des Hauptvereins der Kreise Krautstadt-Lichtenkröben stehen weit hinter dieser zurück. An Pferden waren über 100, an Kündbühn an 350 Stück zur Schau gebracht. Auch Schweine, Schafe und Läufe waren zur Genüge vertreten. Besonders reichhaltig war die Ausstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, Geräthen, wie auch an Böttcher- und Stellmacherwaren, Wagen, Fruchtgattungen u. s. v. Das Hauptcontingent lieferten: Dr. Preiser, C. Dannehl und Altker aus Krautstadt, Nieschmann und Sempe, Thielemann und Käst und C. Weiz aus Glogau, Hübner und Gabisch aus Liegnitz, R. Lesser aus Schwerzen und L. Graebner aus Striebe bei Günters in Schlesien. Betreffs der Prämiirungen sind wir noch nicht in der Lage, genau Mittheilung machen zu können. Auch mehrere Mitglieder des Hauptvereins beteiligten sich an der Ausstellung und erhielten v. Stülpnagel-Geyersdorf und Vollmar-Britsch einen Ehrenpreis je eine prächtige Mappe sämtlicher Biebrägen. Beide Mappen sind vom landwirtschaftlichen Ministerium dem Verein beabsichtigt Prämiirung zugegangen. Mittags 1 Uhr langte der Regierungspräsident Wegner in Vertretung des Oberpräsidenten Günther nebst anderen hohen Gästen hier an. Dieselben wurden vom Vorstande empfangen und nach der Tribüne begleitet. Gegen 2 Uhr begann der Umzug, welcher ein großartiges Schauspiel bot und erkennen ließ, daß das Festkomitee keine Mühe gescheut, die Durchführung auf's Beste zu bewerkstelligen. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein Wagen mit jungen Mädchen in ländlicher Tracht. Das erste dieser Mädchen beschäftigte sich mit Flachsbrechen, das zweite mit Häckeln, das dritte mit Spinnen, das vierte mit Wirkeln und das fünfte mit Bleichen fertiger Leinwand. Dann folgte ein Trupp Schnitter und Mädchen mit Rechen in ländlicher Tracht. Die schönen Pferde und das fette Vieh reich bekränzt, gesieben ebenfalls sehr gut. Den Schlus des Festzuges bildete ein vom Böttchermeister Ginkel angefertigtes Faß, gegen 3000 Ltr. groß. Wagen sowohl wie das darauf befindliche Faß mit Kränen und Blumen reich geschmückt, boten einen schönen Anblick. Voran ritt Bacchus, ihm folgten zwei Pagen, sämtlich in elegantem Kostüm. Vor der Tribüne hielt der Wagen an und Dr. Günzel überreichte dem Präsidenten ein Glas Bier, W. Bertha Linke aus Ob. Britsch dagegen ein schönes Bouquet, ebenso dem Landeskonomierath Lehmann auf Nitsche. Als dann

und ein Pferderennen statt, bei welchem Dauerquartett, vor der in Dr. Britsch den ersten Preis von 50 M. erhielt. — Der Präsident Wegner gab dem Komitee seine vollste Zufriedenheit zu erkennen und dankte für das vortreffliche Arrangement. Der Präsident sprach seine Freude darüber aus, daß von bürgerlichen Festzügen des Krautstadter Kreises solch vortreffliches Vieh geübt wird. Gegen 6 Uhr Abends verliehen Herr Wegner nebst den anderen Gästen den Festplatz, um in Thiel's Hotel einem vom Verein veranstalteten Diner beizuwohnen. Den ersten Toast brachte Präsident Wegner auf den Kaiser aus, dann folgten eine Reihe von Toasten auf den landwirtschaftlichen Minister, den Präsidenten Wegner, den Rustikalverein u. s. v. Gegen Abend begann die Verlosung. Es waren 300 Gewinne angelauft, darunter recht ansehnliche. Für Essen und Getränke war bestens gesorgt. Besonders stark frequentirt war das vom Hotelbesitzer Thiel aufgestellte Bier, welches gegen 200 Personen fand.

Bromberg, 6. Septbr. [Theaterkraach.] Auch Bromberg hat seine Theaterniere. Gestern Abend, als ein zahlreiches Publikum sich bereits zu dem dritten Gaßspiel des Herrn Bauer versammelt hatte, wurde plötzlich die Schließung des Zirkustheaters erklärt, da sich die Mitglieder weigerten, weiter zu spielen. Sie hatten, wie die „Bromb. Ztg.“ mitteilt, zusammen eine Festtagsgesellschaft von Thorn bei Herrn Schön geltend gemacht, die sich im Ganzen etwa auf die Summe von 1200 Mark belief.

Aus dem Jahresbericht der Handelskammer zu Posen für 1875.

IV.

Der Bericht erwähnt sodann die Veränderungen in dem Verfahren der Post in Bezug auf Wechselbeträge und Wechselakzente, und nachdem er verschiedene Wünsche der Handelskammer Ausdruck gegeben, äußert er sich über die Posttaxe wie folgt:

Auf die in unserem Jahrsberichte pro 1874 Seite 21 enthaltenen Anführungen wegen Herabminderung des Portos für Waarenproben, für Briefe mit Werthangabe, wie für Pakete ist uns unter 2. November v. C. von Seiten des Herrn General-Postdirektors eine Erwiderung des Inhalts zugegangen, daß die diesseitige Auffassung über die Höhe des Portos für Briefe mit Werthangabe und für Pakete nicht getheilt werden könne, wobei namentlich hinsichtlich der Pakettaxe bemerket wird, daß der seit Aufang 1874 gültige Pakettarif sowohl für Sendungen bis 5 Kilogramm, als über 5 Kilogramm im Ganzen und Großen eine sehr erhebliche Herabsetzung des Portos gegen die frühere Taxe mit sich gebracht habe, so daß beispielsweise das Porto für ein 5 Kilogramm schweres Paket von Posen nach Frankfurt a. M. von 20 Sgr. auf 5 Sgr. und das Porto für eine 50 Kilogramm schwere Sendung auf dieselbe Entfernung von 200 Sgr. auf 140 Sgr. ermäßigt worden sei, und daß eine weitere Ermäßigung des Pakettarifos einstweilen nicht in Aussicht gestellt werden könne, wie ferner, daß die Wiederbeseitigung der Einheitsrate für Waarenproben nicht beabsichtigt werde, und daß die Gründe, welche bei Feststellung der veränderten Gebühr seiner Zeit maßgebend gewesen sind, aus einem in Folge Beschwerden über die Bemessung der Taxe für Waarenproben und der Postverbrauch gebildet von dem General-Postamte an die Altesten der Berliner Kaufmannschaft unter dem 23. November 1874 gerichteten Schreiben erhellen, welches letztere zunächst den allgemeinen Gesichtspunkt folgendermaßen darlegt.

Nach allgemeiner Erfahrung drückt sich das lebhafte Interesse, welches von dem Publikum allen wichtigeren postalischen Fragen entgegen gebracht wird, bei Tarifreformen zunächst in einer mehr oder weniger organisierten, übrigens begreiflichen, Opposition bestimmter Kreise aus, welche aus der Gesamtheit der Reformvorschläge einzelne ihnen nicht vortheilhaft herausgreifen, in denen sie eine Schädigung oder mindestens Hintansetzung ihrer speziellen Interessen erblicken, während die Postbehörde eine der Gesamtheit zu gut kommende Besserung beabsichtigt. Weil aber die Massenregeln der Letzteren gerade auf der gleichmäßigen Befriedigung und Abwägung aller im Postverkehr beteiligten Interessen beruhen, so hat die Postverwaltung jederzeit den anfänglichen Widerstand bzw. einer günstigeren Auffassung weichen sehen, und dies wird auch bezüglich der auf Neujahr 1875 eintretenden anderweitigen Festsetzung mehrerer Gebühren bestimmt wieder der Fall sein. Hierächst werden in dem gedachten Schreiben die beiden zur Sprache gebrachten Be schwerden im Weitesten nachstehenderweise näher beleuchtet.

Die erste derselben richtet sich gegen die Bestimmung, wonach vom 1. Januar 1875 ab die Taxe für Waarenproben gleichmäßig von Maximalgewicht von 250 Gramm 10 Pfennige R. M. betragen wird. Der jetzige Tarif fordert $\frac{1}{2}$ Sgr. für je 50 Gramm, er steigt also in 5 Gewichtsstufen bis zu $1\frac{1}{2}$ Sgr. = 16% R. M. Ein so befallener Tarif bedürfte, da für die unendlich wichtigeren Korrespondenzgattungen der Briefe nur 2 Gewichtsstufen bestehen und auch das Drucksachenporto bis 1 Kilogramm für wenige große Gewichtsstufen bemessen ist, einer Vereinfachung; es wurde in jeder Hinsicht für zweckmäßig erachtet, die Waarenproben überhaupt nur einen einzigen Gewichtssatz, und damit die Einheitsrate anzunehmen. Es würde nun ein völliger Irrthum sein, wenn man glauben wollte, daß der Handelsstand für interne Waarenproben bisher überhaupt nur $\frac{1}{2}$ Sgr. bezahlt habe; er hat nach Maßgabe des Gewichts der Sendungen im Durchschnitt weit mehr aufgewendet, so zwar, daß die Erhöhung der Taxe auf 10 Pf. in Wirklichkeit nur eine sehr geringe ist. Sie wird, wie das General-Postamt nicht Ansatz nimmt, mittheilen, für den Umfang des gesamten Reichspostgebietes die wirklich verschwindende Summe von ppter 12.000 Thaler betragen für diese Erhöhung, aber war die Erfahrung ausgeschlagend, daß die Waarenproben-Sendungen, wenn sie auch im Postverkehr numerisch keine hervorragende Stelle eingenommen (im Jahre 1873 waren 480 Mill. Briefe und Postkarten, 69 Mill. Drucksachen und nur 5½ Mill. Waarenproben befördert), doch vermöge ihrer Beschaffenheit den Postbetrieb außerordentlich belastigen und auch häufig dazu mißbraucht werden, um auf billige Art die Ware selbst zu verhindern. Diese Erfahrungen haben u. A. die englische Postverwaltung, welche unzweifelhaft nicht weniger als die deutsche, auf die Bedürfnisse und Interessen des Handelsstandes Rücksicht nimmt, veranlaßt, die frühere ermäßigte Taxe für Waarenproben ganz aufzuhören. Der Kaufmann in England zahlt dementsprechend 1 Pfennig für 1 Unze, 1 Pfennig für 2 Unzen und je 1 Pfennig für weitere 2 Unzen, also für 5 Gramm 3½ Pfennig. So radikal ist diesbezüglich nicht verfahren, umso mehr darf angenommen werden, daß der deutsche Handels- und Gesellschaftsstand im Probentverkaufe und Waarenabfuhr durch die neue Taxe nicht gestört und behindert werde. Auch steht die Einheitsrate von 10 Pfennigen keineswegs im Widerspruch mit den bezüglichen Sätzen beim internationalen Verkehrs. Wenn die Gebühr für Waarenproben nach fremden Ländern z. B. oder Silbergrochen beträgt, so ist dies immer nur für den einfachen Gewichtsat zu verstehen, in Wirklichkeit wird auch hier wieder nach Maßgabe des Gewichts durchschnittlich das zweifach bis dreifach gezahlt, also auch künftig mehr und jedenfalls nicht weniger, als im inneren deutschen Verkehrs, und dabei hat im ersten Verkehrs im Inlande dagegen beide Geschäfte zu beobachten, daß die Postverhältnisse nicht nur den Betrieb in erheblichem Maße erschweren und komplizieren, sondern daß sie auch eine universchließbare Quelle von Betrügereien und Schwindel aller Arten sind, welchen nicht der solide Geschäftsmann allein, sondern häufiger

In Betreff des zweiten Beschwerdepunktes, nämlich der Postverbrauchsfreibücher, führt das

Produkten-Börse.

Berlin, 6. Sept. Wind: NW. Barometer: 28.3. Thermometer: +19° R. Witterung: Schön.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 180—220 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 195,5—197,5 bz., Sept.-Oktbr. do., Oktbr.-Nov. 196,5—199,5 bz., Nov.-Dez. 199—201 bz., April-Mai 205,5—207 bz. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 143—180 nach Dual. gef., russ. 144—148 ab Kabin bz., neuer inländ. 173—180 ab Bahn bz., per diesen Monat 149,5—149—152 bz., Sept.-Okt. do., Oktbr.-Novbr. 152,5—152—154 bz., Novbr.-Dez. 155,5—155—156,5 bz., April-Mai 159—158—160 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 130—170 nach Dual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 130—170 nach Dual. gef., rot- und weißr. 145—156, russ. 125—150, neuer pomm. 156—158, neuer schleif. 147—157, galizischer 140—150 ab Bahn bz., per diesen Monat 147—148 bz., Sept.-Okt. do. bz., Oktbr.-Novbr. 147 bz., Novbr.-Dez. 145,5 bz., April-Mai 147,5—148 bz. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaren 171—205 nach Dual. Futterwaren 163—170 nach Dual. — Lachs per 1000 Kilogr. 300—315 bz. — Rüben per 1000 Kilogr. 300—310 bz. — Leinöl per 100 Kilogr. ohne Fäss 59 M. — Rüböl per 100 Kilogr. ohne Fäss 69,9 bz., mit Fäss per diesen Monat 69,7 69,8—69,4 bz., Sept.-Okt. do., Oktbr.-Nov. 69,8—69,9—69,6 bz., Novbr.-Dez. 70,1—69,7 bz., Dez.-Jan. — April-Mai 71,3—71 bz. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. loko mit Fäss 42 bz., per diesen Monat 38,3 bz., Sept.-Oktbr. 36,5—36,9—36,6 bz., Oktbr.-Nov. 36,5—36,8—36,6 bz., Novbr.-Dez. do. — Spiritus per 1000 Liter 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fäss 53,9—54,5 bz., loko mit Fäss —, per diesen Monat 53,7—54 bz., Sept.-Oktbr. 53,6—54 bz., Oktbr.-Novbr. 51,7—52 bz., Novbr.-Dez. 51—51,5 bz., Dezbr.-Jan. — April-Mai 52,6—53 bz. — Mehl.

Berlin, 6. September. Der heutige Verkehr eröffnete zu herabgesetzten Notirungen aber unentzweidien, doch überwog die matte Haltung. Es fehlte allereingens wohl zu Anfang an Blanco-Börsäfern, und der Coursdruck wurde vorzugsweise durch fortgesetzte Gewinnnahmen hervorgerufen; doch die Auffassung der politischen Lage war wiederum eine wesentlich ungünstigere als in den letzten Tagen. Die Betrachtungen bießiger Blätter über die Stellung Russlands zur Türkei und über die Mediation der Großmächte im Allgemeinen hatten heunruhigt, und eine stärkere Ermattung des Börsenverkehrs in Aussicht nehmen lassen. Auch wirkte die unten mitgetheilte Dreyse des "D. T. B." ab schwächend. Dem gegenüber würde jedoch im Interesse der Haussparte die geringe Bedeutung dieser politischen Erwägungen

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 6. September 1876.

Preußische Fonds und Geld-Courte.

Sonsol. Anleihe	4	104,90 bz	Pr. B.-G.-h.-Br. Id.	5	100,00 bz
Staats-Anleihe	4	97,20 bz	do. do.	100,5	101,00 bz G
Staats-Schuld.	3	94,20 bz	do. unf. rückz. 110	5	106,90 bz G
Kur. u. Am. Sch.	3	91,50 bz	do. (1572 u. 74)	4	98,90 bz G
Okz.-Deichh.-Obl.	4	102,00 G	do. (1872 u. 73)	5	101,80 bz
Berl. Stadt-Obl.	4	102,10 bz	do. (1874)	5	101,80 bz
do. do.	3	93,00 G	Pr. Hyp.-A.-B. 120	4	99,00 bz G
Cöln. Stadt-Anl.	4	101,75 B	do. do.	5	100,30 bz G
Rheinprovinz do.	4	102,60 bz B	Schles.-Bod.-Cred.	5	100,00 G
Göldb. d. B. Kfm.	5	101,25 bz	do. do.	4	94,50 G
Pfandbriefe:			Stett. Nat.-Hyp.	5	101,25 bz G
Berliner	4	102,60 bz	do. do.	4	98,25 G
do.	5	106,60 bz G	Kruppische Döllg.	5	103,00 B
Zandtsch. Central	4	95,90 bz	Ausländische Fonds.		
Kur. u. Neumärk.	3	85,40 bz	Amerik. ratz. 1881	6	105,60 bz B
do. neue	3	85,25 B	do. do. 1885	6	99,40 bz G
do.	4	95,90 bz	do. Bds. (fund.)	5	103,00 bz G
St. Brandbg. Cred.	4	95,90 bz	Norweg. Anl.	4	
Ostpreußische	3	85,90 G	New-Yrk. Std.-A.	7	103,50 bz G
do.	4	96,50 G	do. Goldanl.	6	
do.	4	102,60 bz B	New-Yrk. 1881	7	105,60 bz B
Pommersche	3	84,75 bz B	do. do. 1885	6	99,40 bz G
do.	4	96,00 bz	do. Gr. 1858	—	310,50 bz
do.	4	103,00 bz	do. Lott. A. 1860	5	103,00 B
Posen'sche, neue	4	95,50 bz	do. do. v. 1864	—	257,00 bz
Erdtsche	4		do. do. v. 1864	5	71,00 G
Schlesische	3		do. do. 1864	5	146,25 G
do. alte A. u. C.	4		do. do. 1864	6	87,10 bz
do. A. u. C.	4		do. do. 1864	6	88,70 B
Wespr. rittersch.	3	84,30 bz	Italienische Rente	5	73,70 bz
do.	4	95,30 bz	do. Tabal.-Obl.	6	102,50 G
do.	4	102,25 bz G	do. do. Actien	6	
do. II. Serie	5	107,25 B	Rumänier	8	95,25 bz
do. neue	4	94,75 bz	Finnische Loope	4	39,00 B
do.	4	102,50 G	Russ. Centr.-Bod.	5	87,60 G
Rentenbriefe:			do. Engl. A. 1822	5	
Kur. u. Neumärk.	4	97,50 bz	do. A. v. 1862	5	92,75 bz
Pommersche	4	97,50 G	Russ. fund. A. 1870	5	98,00 bz
Preußische	4	96,75 bz	Russ. conf. A. 1871	5	92,75 bz
Klein. u. Westfäl.	4	88,30 G	do. do. 1872	5	92,75 bz
Sächsische	4	97,49 bz	do. do. 1873	5	93,00 bz
Schlesische	4	97,20 G	do. Bod. Credit.	5	85,70 bz
Souverigns			do. Pr. A. v. 1864	5	166,25 bz
Napoleonsdör			do. do. v. 1866	5	165,75 bz
do. 500 Gr.			do. 5. A. Stieg.	5	81,75 bz
Dollars			do. 6. do. v.	5	94,30 bz
Imperials			do. 6. do. v.	5	85,25 bz
do. 500 Gr.	1394	bz	do. do. kleine	4	83,50 bz
Grenze Banknot.			Poln. Pfld. III. G.	4	76,60 B
do. einzäh. Leipzig.			do. do. 1866	5	165,75 bz
Grenzö. Banknot.			do. 5. A. Stieg.	5	81,75 bz
Defferr. Banknot.			do. 6. do. v.	5	94,30 bz
do. Silbergulden			do. do. 1866	5	165,75 bz
do. 1/2 Stüde			do. do. 1866	5	81,75 bz
Raff. Noten			do. do. 1866	5	92,75 bz
			do. do. 1866	5	92,75 bz
Deutsche Fonds.			do. do. 1866	5	92,75 bz
Pr. A. v. 55a 100th. 3	4	135,40 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
Hess. Prich. 40th.	4	250,75 G	do. do. 1866	5	92,75 bz
Bar. Pr. A. v. 674	4	118,75 bz G	do. do. 1866	5	92,75 bz
do. 354. Obligat.			do. do. 1866	5	92,75 bz
Bait. Präm. Anl.	4	121,10 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
Brétw. 20th. L.			do. do. 1866	5	92,75 bz
Brem. Anl. v. 1874	4	83,80 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
Cöln.-Md. Pr. A.	3	109,10 bz G	do. do. 1866	5	92,75 bz
Dess. St. Pr. Anl.	3	117,90 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
Doth. Pr. Pfdr.	5	109,10 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
do. II. Abt.	5	106,75 bz G	do. do. 1866	5	92,75 bz
Hh. Pr. A. v. 1866	3	173,80 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
Bünder. Pr. Anl.	3	171,30 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
Medfb. Eisenbch.	3		do. do. 1866	5	92,75 bz
Meininger Zoofe	—	19,90 G	do. do. 1866	5	92,75 bz
do. Pr. Pfdr.	4	102,80 G	do. do. 1866	5	92,75 bz
Oldeburg. Zoofe	3	134,50 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
O. G.-B.-Pf. 110	5	102,25 B	do. do. 1866	5	92,75 bz
do. do.	4	96,00 bz	do. do. 1866	5	92,75 bz
Otf. Hypoth. unf.	5	101,00 bz G	do. do. 1866	5	92,75 bz
Mein. Hyp. Pf. 5	100,25 G	do. do. 1866	5	92,75 bz	
Reich. Gdcr. H. A.	5	101,50 bz G	do. do. 1866	5	92,75 bz
do. Hyp. Pfdr.	5	101,50 bz G	do. do. 1866	5	92,75 bz
Vorm. G.-B.-Pf. 120	5	106,00 G	do. do. 1866	5	92,75 bz
do. II. IV. 110	5	102,00 G	Breslauer-Disc. Bl.	4	70,50 bz

Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 L.		
do. 109 fl. 1 M.		
London 1 £fr. 8 £.		
do. do. 3 M.		
Paris 100 fr. 8 £.		
do. do. 100 fl. 8 £.		
Brg. Bpl. 100 fl. 8 £.		
Wien öst. Währ. 8 £.	168,90 bz	
Wien öst. Währ. 2M.	167,60 bz	
Petersb. 100 R. 3 M.	265,60 bz	
do. do. 100 Rub. 3 M.	261,60 bz	
Warschau 100 R. 8 £.	266,20 bz	
*) Binsch. der Reichs-Bank für Wechsel 1, f. Lombard 5 pCt.; Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen 5, Brüssel 3 1/2, Frankfurt a. M. 4, Hamburg —, Leipzig —, London 2, Paris —, Petersburg 6 1/2, Wien 4 1/2 pCt.		

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank	4	102
---------------	---	-----